



Gesprächsvermerk

Termin 05.04.2011

Teilnehmer: **Dr. Josef Schlarmann**, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU; **Barbara Ahrons**, stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU; Dipl. Ing. (FH) **Frank Lasinski**, Vorsitzender des Bundesverbandes für freie Kammern; **Kai Boeddinghaus**, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern

Die Gesprächsteilnehmer haben recht schnell in konstruktivem Dialog einen Unterschied in der Bewertung hinsichtlich der Notwendigkeit der zukünftigen Entwicklung der Kammern (gemeint sind hier zunächst die Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern) festgestellt. Während für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU nach einem intensiven Diskussionsprozess im eigenen Verband die Pflicht zur Mitgliedschaft in den Kammern notwendiger Bestandteil des Kammerwesens bleiben soll, sieht der Bundesverband für freie Kammern gerade in der Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft eine notwendige Voraussetzung für eine Reform der Kammern. Einigkeit herrschte bei allen Gesprächspartnern aber darin, dass die Kammern in Deutschland dringend weitere Reformschritte brauchen. Insbesondere bei der notwendigen Transparenz hinsichtlich der Jahresabschlüsse, der Geschäftsführergehälter, Pensionszusagen und Aufwandsentschädigungen sprechen sich beide Organisationen für rasche Fortschritte aus. Ob dabei ggf. der Gesetzgeber, wie z.B. bei der Veröffentlichungspflicht der Bezüge der Krankenkassenvorstände gesetzlicher Krankenversicherungen, tätig werden muss, blieb zunächst offen. Einigkeit bestand auch darin, dass beide Organisationen dafür eintreten, sicher zu stellen, dass die Kammern durch eigene Dienstleistungsangebote zu ihren zahlenden Mitgliedern nicht in Konkurrenz treten dürfen. Zwischen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU und dem Bundesverbandes für freie Kammern wurde eine Fortsetzung des konstruktiven Dialogs zur Erreichung der notwendigen Reformziele vereinbart.